



VERGABEUNTERLAGEN

276-21-E15

Subunternehmerleistungen Ad hoc-Verkehre - Güte A (höchste Anforderungskategorie)

Qualifizierungssystem (EU) (Sektorenverordnung)

Qualifizierungssystem (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

V-Bus GmbH

Klärwerkstr. 2, 68623 Lampertheim, Deutschland

24.06.2022

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
.....	3
276-21-E15_Verfahrensbrief_neu	3
Anforderung Kategorie A_neu	12
Anlage 1_Design Vorlage Solo	17
Anlage 1_Design Vorlage GLB	18
Anlage 2_Fahrscheinentwerter	19
RNV_Datenschutzinformation	20
B.I.1. - Bewerbergemeinschaftserklärung	26
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen	34
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe.....	36
B.V.1. - Eigenerklärung Zuverlässigkeit	41
B.IX.1. -Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern.....	43
Eignungskriterien.....	45
Anlagen	55

Verfahren: 276-21-E15 - Subunternehmerleistungen Ad hoc-Verkehre - Güte A (höchste Anforderungskategorie)

INFORMATIONEN ZUM QUALIFIZIERUNGSSYSTEM



Es ist beabsichtigt, zu einem Qualifizierungssystem aufzurufen. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	276-21-E15
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Subunternehmerleistungen Ad hoc-Verkehre - Güte A (höchste Anforderungskategorie)
Auftragsbeschreibung	V-Bus vergibt als Generalsubunternehmer der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) temporäre Verkehrsleistungen an Dritte. Die V-Bus GmbH richtet gemäß § 48 Abs. 1 SektVO zur Eignungsprüfung ein eigenes Qualifizierungssystem ein. In diesem ist festgelegt, welche Anforderungen ein Omnibusunternehmen erfüllen muss, um künftig in die Vergabe von Auftragnehmerleistungen für Schienenersatz-, Veranstaltungs-, Sonderverkehre etc. sowie für temporäre Linienverkehre laut Sektorenverordnung einbezogen zu werden (Eignungskriterien). Das vorliegende Projekt beschreibt die Anforderungen an die höchste Güte (Kategorie A). Alle Unternehmen, die diese Kriterien erfüllen, werden in das Verzeichnis der geprüften Unternehmen (§ 48 Abs. 8 SektVO) aufgenommen und können anschließend an den künftigen Verfahren zur Vergabe von temporären Subunternehmerleistungen teilnehmen. Die konkreten Leistungsvergaben werden jeweils im Wettbewerb in einem nicht offenen Verfahren oder in einem Verhandlungsverfahren (§ 48 Abs. 9 SektVO) unter den Unternehmen stattfinden, die sich im Rahmen des Qualifizierungssystems qualifiziert haben. Die jeweiligen Anforderungen an die Leistungen ergeben sich dann aus den Vergabeunterlagen, auf die die Unternehmen Angebote abgeben können.

VERFAHREN

Auftraggeber	V-Bus GmbH
Auftraggebertyp	
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Qualifizierungssystem (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Klassifizierungen	Code	Bezeichnung
	60112000-6	Öffentlicher Verkehr (Straße)

TERMINE

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	25.03.2022
----------------	------------

ANTRÄGE UND BEWERTUNG

Laufzeit	Unbegrenzte Laufzeit
----------	----------------------

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BEWERBERFRAGEN

Bewerberfragen können bis zum Ende des Qualifizierungssystems eingehen.
Bewerberfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.
Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bewerberfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Verfahrensbrief

1 Übersicht

1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte der Auftraggeber ein Qualifizierungssystem im Sinne des § 48 SektVO einrichten, um bei künftigen Vergabeverfahren über die Erbringung von temporären Verkehrsleistungen in Form von Schienenersatz-, Veranstaltungs-, Sonderverkehre etc. sowie von temporären Linienverkehren im Verkehrsgebiet der rnv die generelle Eignung von Unternehmen zur Ausführung dieser Aufträge bejahen zu können.

Auftraggeber ist die V-Bus GmbH (V-Bus). V-Bus ist eine Tochtergesellschaft der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv). V-Bus vergibt als Generalsubunternehmer der rnv Verkehrsleistungen an Dritte. Auftraggeber des Verkehrs ist die rnv. Die rnv vergibt den hier vorliegenden Auftrag im Namen ihrer Tochter V-Bus.

1.2 Verfahrensablauf

- ☐ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung
- ☒ Qualifizierungssystem

Jede/s interessierte Unternehmen kann jederzeit einen Antrag auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem über die Vergabeplattform stellen. Der Auftraggeber teilt seine Entscheidung hinsichtlich der Qualifizierung den Antragstellern innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der Beantragung zur Aufnahme in das Qualifizierungssystem mit (§ 48 Abs. 11 Satz 1 SektVO). Erst mit Vorliegen eines vollständigen und damit prüffähigen Antrags auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem beginnt die Frist von sechs Monaten zu laufen. Kann eine Entscheidung nicht innerhalb von vier Monaten getroffen werden, so teilt der Auftraggeber innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags dies sowie den voraussichtlichen Entscheidungszeitpunkt dem Unternehmen mit, § 48 Abs. 11 Satz 2 SektVO.

Bei erfolgreicher Qualifizierung wird der Antragsteller in einem Verzeichnis der qualifizierten Unternehmen / Unternehmensgemeinschaften aufgenommen und hierüber informiert.

Bei Ablehnung des Antrages auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem wird das Unternehmen innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Entscheidung unter Angaben der Gründe für die Ablehnung in Textform benachrichtigt, § 48 Abs. 12 SektVO.

[Subunternehmerleistungen Ad hoc-Verkehre - Güte A]
[276-21-E15]**1.3 Anwendbares Recht**

Für die Vergabe der hier vorliegenden Leistungen richtet die V-Bus GmbH ein eigenes Qualifizierungssystem gemäß § 48 Abs. 1 SektVO zur Eignungsprüfung (bzw. Überprüfung nach dem Maßstab der objektiven und nichtdiskriminierenden Kriterien i.S.d. § 46 SektVO) ein.

1.4 Vergabegegenstand

Vergabegegenstand ist die Durchführung von temporären Verkehrsleistungen insbesondere in Form von Schienenersatz-, Veranstaltungs- und Sonderverkehren sowie von temporären Linienverkehren.

In dem Qualifizierungssystem ist festgelegt, welche Anforderungen ein Omnibusunternehmen erfüllen muss, um künftig in die Vergabe von Auftragnehmerleistungen für Schienenersatz-, Veranstaltungs-, Sonderverkehre etc. sowie für temporäre Linienverkehre laut Sektorenverordnung einbezogen zu werden (Eignungskriterien).

Alle Unternehmen, die diese Kriterien erfüllen, werden in das Verzeichnis der geprüften Unternehmen (§ 48 Abs. 8 SektVO) aufgenommen und können anschließend an den künftigen Verfahren zur Vergabe von temporären Subunternehmerleistungen teilnehmen. Die konkreten Leistungsvergaben werden jeweils im Wettbewerb in einem nicht offenen Verfahren oder in einem Verhandlungsverfahren (§ 48 Abs. 9 SektVO) unter den Unternehmen stattfinden, die sich im Rahmen des Qualifizierungssystems qualifiziert haben. Die jeweiligen Anforderungen an die Leistungen ergeben sich dann aus den Vergabeunterlagen, auf die die Unternehmen Angebote abgeben können.

2 Verfahrensbedingungen**2.1 Kommunikation im Vergabeverfahren**

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off). Jeder Bewerber/Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bewerber-/Bieterfragen zu informieren.

Die vom Auftraggeber nach § 48 Abs. 2 SektVO festgelegten objektiven Kriterien für den Ausschluss und Eignung sowie nach § 48 Abs. 3 SektVO festgelegten Kriterien über die Funktionsweise des Qualifizierungssystems werden den Unternehmen auf Antrag über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe zur Verfügung gestellt. Aktualisiert der Auftraggeber Inhalte des Qualifizierungssystems, wird er dies allen Unternehmen, die einen Qualifizierungsantrag gestellt haben, unaufgefordert mitteilen.

Die Qualifizierungsanträge sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Qualifizierungsanträgen ausschließlich über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

[Subunternehmerleistungen Ad hoc-Verkehre - Güte A]
[276-21-E15]

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bewerbers/Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

2.2 Vertraulichkeit**2.2.1 Verwendung der Vergabeunterlagen**

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung der Qualifizierungsanträge, des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

2.2.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

2.3 Eignungsnachweise**2.3.1. Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist**

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bewerber und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off).

Die Bewerber sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bewerbers führen.

2.3.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Bewerber, die sich an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, können jederzeit von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

2.3.3 Form Einreichung Qualifizierungsanträge

Die Qualifizierungsanträge sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabepattform der rnv unter Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) einzureichen.

2.3.4 Bewerber- / Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)

Im Falle der Bewerbung durch eine Bewerbergemeinschaft muss jedes Bewerbergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bewerbergemeinschaftserklärung mit dem Qualifizierungsantrag einreichen (Formblatt B.I.1.).

Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bewerber-/Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

2.3.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bewerber bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die Technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass er während der gesamten Gültigkeitsdauer dieser Verpflichtungserklärung auf dessen Kapazitäten zurückgreifen kann. (Formblatt B.IX.1).

Hinweis: Die Gültigkeitsdauer dieser Verpflichtungserklärung beträgt ein Jahr. Nach Ablauf dieses Jahres wird der Auftraggeber die Unternehmen, die sich qualifiziert haben und die eine Eignungsleihe-Unternehmen einsetzen, auffordern, die Verpflichtungserklärung zu aktualisieren.

Bezüglich der Kriterien Ausbildungsnachweise und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung des Unternehmens einschließlich der einschlägigen beruflichen Erfahrung können Unternehmen nur die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn diese auch die Leistung erbringen, für die die Kapazitäten benötigt werden.

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bewerber durch das Unternehmen Formblatt B.IV.1 ausfüllen lassen und mit dem Qualifizierungsantrag einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bewerber benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bewerber gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bewerber das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bewerbern eine Frist setzen.

[Subunternehmerleistungen Ad hoc-Verkehre - Güte A]
[276-21-E15]

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

2.3.6 Prüfung und Wertung der Qualifizierungsanträge

Die Prüfung und Wertung der Qualifizierungsanträge erfolgt nach den einschlägigen Vorschriften der Sektorenverordnung (SektVO) und des GWB]. Der Prüfung und Wertung der Qualifizierungsanträge wird folgendes System zugrunde gelegt:

Der Auftraggeber wird die eingegangenen Qualifizierungsanträge auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass Qualifizierungsanträge unvollständig oder fehlerhaft sind, kann der Auftraggeber den Bewerber im Rahmen des gemäß § 51 Abs. 2 und 3 SektVO rechtlich Zulässigen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, Erklärungen und Nachweise innerhalb einer für alle Bewerber einheitlichen Nachfrist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Dieses Recht zur Nachforderung begründet indes keine Verantwortung des Auftraggebers für die Vollständigkeit der Qualifizierungsanträge. Haftungsansprüche aus einer fahrlässig versäumten Nachforderung von Unterlagen sind ausgeschlossen. Jeder Bewerber bleibt für den Nachweis seiner Eignung und die Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit seines Qualifizierungsantrags allein verantwortlich.

2.3.7 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der mit den Qualifizierungsanträge eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweisen anzufordern.

2.3.8 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen

Darauf erfolgt eine Prüfung der Qualifizierungsanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bewerbers erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB, § 142 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Hinweis: Die Gültigkeitsdauer dieser Eigenerklärungen (vom Bewerber, von möglichen Bewerbergemeinschaftsmitgliedern und von möglichen Eignungsleihe-Unternehmen) beträgt ein Jahr. Nach Ablauf dieses Jahres wird der Auftraggeber die Unternehmen, die sich qualifiziert haben, auffordern, die Eigenerklärung(en) innerhalb einer vom Auftraggeber festgelegten Frist zu aktualisieren.

Falls die angeforderten Erklärungen nicht innerhalb der festgesetzten Frist eingereicht werden, kann auch einem bereits qualifizierten Unternehmen die Qualifizierung aberkannt werden.

2.3.9 Gültigkeit Erklärungen

Folgende Erklärungen haben eine begrenzte Gültigkeit von **einem Jahr**:

- Eigenerklärung Ausschlussgründe (siehe Ziffer 2.3.8 Verfahrensbrief)
- Eigenerklärung Zuverlässigkeit (Eigenerklärung Ziffer 5 und ggf. Formblatt B.V.1)
- Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (siehe Ziffer 2.3.5 Verfahrensbrief)
- Eigenerklärung zur wirtschaftlichen Lage (Eigenerklärung Ziffer 2)
- Eigenerklärung erforderliche finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten (Eigenerklärung Ziffer 6)

Nach Ablauf der Gültigkeit wird der Auftraggeber die Unternehmen, die sich qualifiziert haben, sowie ggf. mögliche Bewerbungsgemeinschaftsmitglieder und mögliche Eignungsleihe-Unternehmen auffordern, die Erklärungen innerhalb einer vom Auftraggeber festgelegten Frist zu aktualisieren.

Falls die angeforderten Erklärungen nicht innerhalb der festgesetzten Frist eingereicht werden, kann auch einem bereits qualifizierten Unternehmen die Qualifizierung aberkannt werden.

2.3.10 Prüfung Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

Darauf folgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bewerber eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

2.3.11 Gültigkeit Nachweise

Folgende Nachweise haben eine begrenzte Gültigkeit von **einem Jahr**:

- Handelsregisterauszug (Eigenerklärung Ziffer 8.2)
- Gewerbezentralregisterauszug (Eigenerklärung Ziffer 8.3)

Nach Ablauf der Gültigkeit wird der Auftraggeber die Unternehmen, die sich qualifiziert haben, sowie ggf. mögliche Bewerbungsgemeinschaftsmitglieder und mögliche Eignungsleihe-Unternehmen auffordern, die Nachweise innerhalb einer vom Auftraggeber festgelegten Frist zu aktualisieren.

Falls die angeforderten Nachweise nicht innerhalb der festgesetzten Frist eingereicht werden, kann auch einem bereits qualifizierten Unternehmen die Qualifizierung aberkannt werden.

2.3.12 Auswahl und Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber

Die Unternehmen, die die Eignungsprüfung bestanden haben, werden in die Liste der präqualifizierten Unternehmen aufgenommen und bei Vorliegen eines Vergabedarfs zur Angebotsabgabe angefragt.

2.3.13 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für die Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden keine Kosten erstattet und keine Entschädigungen gewährt.

2.4 Zuschlagskriterien

~~Den Zuschlag erhält das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis.~~

Die Zuschlagskriterien werden in den Vergabeunterlagen für das jeweilige Vergabeverfahren bekannt gemacht.

3 Rügepflicht und Nachprüfung

3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

3.2 Vergabekammer

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an die in der Bekanntmachung des Qualifizierungssystems genannte Stelle wenden.

3.3 Rechtsgrundlagen

§ 134 Informations- und Wartepflicht

- (1) *Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.*
- (2) *Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Informationspflicht*

[Subunternehmerleistungen Ad hoc-Verkehre - Güte A]
[276-21-E15]

entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 Unwirksamkeit

- (1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber
1. gegen § 134 verstoßen hat oder
 2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist,

und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

- (2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

- (3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist,
2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und
3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

[Subunternehmerleistungen Ad hoc-Verkehre - Güte A]
[276-21-E15]

- (2) *Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.*
- (3) *Der Antrag ist unzulässig, soweit*
1. *der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*
 2. *Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
 3. *Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
 4. *mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Qualifizierungsanträge enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Qualifizierungsantrags eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.



Anforderungen

Für die Vergabe der Erbringung von temporären Verkehrsleistungen insbesondere in Form von Schienenersatz-, Veranstaltungs- und Sondernverkehren sowie von temporären Linienverkehren im Verkehrsgebiet der rnv beabsichtigt der Auftraggeber die Errichtung von Qualifizierungssystemen im Sinne des § 48 SektVO.

Die Qualifizierungssysteme unterscheiden sich dabei nach der Anforderungsgüte an die Fahrzeuge. Der Auftraggeber errichtet 3 verschiedene Qualifizierungssysteme, die jeweils unterschiedliche Anforderungen an die von den Auftragnehmern einzusetzenden Fahrzeuge vorsehen.

Es ist möglich, sich für ein, mehrere oder alle Qualifizierungssysteme zu bewerben.

Für jedes Qualifizierungssystem muss jeweils ein Qualifizierungsantrag eingereicht werden.

1. Allgemeine Anforderungen (unabhängig von der Kategorie)

a) Fahrzeuge

- I. Die Fahrzeuge müssen einen überwiegenden Niederfluranteil aufweisen und allen die Fahrgastbeförderung betreffenden Punkten den gültigen Typenempfehlungen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und den gesetzlich verbindlichen Anforderungen hinsichtlich der Barrierefreiheit entsprechen. Insbesondere eine manuell oder automatisch zu bedienende Rampe muss vorhanden sein.
- II. Die Fahrzeuge müssen über einen geeigneten Platz (Sondernutzungsfläche) für die Abstellung von Kinderwagen bzw. Rollstühlen gemäß der gültigen EU-Busrichtlinie verfügen. Es ist gegenüber der Tür 2 mindestens eine Sondernutzungsfläche in der Größe > 750 mm x 2.000 mm erforderlich. In den Sondernutzungsflächen sind Befestigungsmöglichkeiten für Rollstühle, Kinderwagen oder Ähnlichem (z.B. Gurte bzw. Rückenstütze) vorzusehen.
- III. Im Fahrzeug müssen Haltewunschtaster vorhanden sein.
- IV. Der Fahrer muss über ein Bordmikrofon im Wageninnern Ansagen machen können.
- V. Die Fahrzeuge dürfen nicht über Außenschwingtüren verfügen, da Hochbahnsteige der Stadtbahnhaltestellen angefahren werden müssen.
- VI. Die Fahrzeuge verfügen zum besseren Einstieg über eine Absenkung des Fahrzeugbodens (Kneeling).
- VII. Die Fahrzeuge müssen Klimaanlage für Fahrgastraum gemäß VDV-Rahmenempfehlungen besitzen.
- VIII. Fahrzeuggröße

- Solobus:

- Kapazität von mind. 75 Fahrgästen, davon mind. 32 Fahrgastsitzplätze.
- Klappsitze sind erlaubt und zählen als Fahrgastsitzplatz.
- Darüber hinaus bestehen keine Vorschriften für die Anordnung der Bestuhlung.

- Gelenkbus:

- Kapazität von mind. 140 Fahrgästen, davon mind. 38 Fahrgastsitzplätze.
- Klappsitze sind erlaubt und zählen als Fahrgastsitzplatz.
- Darüber hinaus bestehen keine Vorschriften für die Anordnung der Bestuhlung.

b) Personal

- I. Das eingesetzte Personal muss der deutschen Sprache in Wort und Schrift zumindest auf dem Sprachniveau B1 (gemäß den Richtlinien des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen) und insofern mächtig sein, dass
 - betriebliche Weisungen und Anordnungen von befugtem Personal des Auftraggebers und der rnv eindeutig verstanden und umgesetzt werden können,
 - eine eindeutige und verständliche Kommunikation mit der Betriebszentrale der rnv möglich ist,
 - das Eingabegerät des Bordrechners bedient werden kann sowie
 - eine Fahrgastbedienung (insbesondere Fahrausweisverkauf und Auskunftserteilung) gewährleistet werden kann.

V-Bus kann zum Nachweis des Sprachniveaus B1 (gemäß den Richtlinien des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen) die Vorlage eines entsprechenden Zertifikats einer Sprachschule einfordern. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur geeignetes, den Anforderungen der BOKraft entsprechendes, Personal einzusetzen und im erforderlichen Umfang zu überwachen.

- II. Der Auftragnehmer versichert überdies, die einschlägigen arbeitsrechtlichen und für den Auftragnehmer geltenden tarifvertraglichen Bestimmungen, die Unfallverhütungsvorschriften sowie die betrieblichen Dienstvorschriften des Auftraggebers und der rnv (DFBus usw.) zu beachten.
- III. Es darf nur sozialversicherungspflichtiges Fahrpersonal eingesetzt werden. Der Sozialversicherungsausweis ist mitzuführen.
- IV. Nach dem geltenden Tariftreuegesetz erklärt der Auftragnehmer, dass er seinen Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs ein Entgelt bezahlt, das insgesamt mindestens dem in dem jeweiligen Bundesland, für diese hier erbrachten Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht. Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung stellt einen Grund zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages dar.

- V. Alle Fahrpersonale, die für den Auftraggeber eingesetzt werden, sind dem Auftraggeber und der rnv unter Angabe des Namens, der Führerschein-Nr. und der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung, des Ausstellungsdatums der Erlaubnis und der ausstellenden Behörde, bekanntzugeben. Änderungen sind ebenfalls mitzuteilen.
- VI. Alle Fahrpersonale sind auf Verlangen des Auftraggebers entsprechend für den jeweiligen Auftrag zu unterweisen.
- VII. Liegt ein wichtiger Grund vor, kann der Auftraggeber oder die rnv jederzeit verlangen, dass einzelne Fahrpersonale nicht mehr zur Erbringung von Fahrleistungen nach diesem Vertrag eingesetzt werden. Dies kann ausdrücklich auch während des Einsatzes verlangt werden. Als wichtiger Grund gelten insbesondere:
 - schwere oder wiederholte Verstöße gegen die BOKraft
 - Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen sowie insbesondere ungebührliches Verhalten gegenüber den Fahrgästen
 - Häufung von Kundenbeschwerden den/die Fahrer/in betreffend
 - Wiederholte Pflichtverletzungen als früherer Beschäftigter des Auftraggebers oder der rnv oder eines anderen Unternehmens auch in anderen als diesem Vertragsverhältnis.

2. Kategorie A

a) Fahrzeuge

- I. Das Erscheinungsbild der Fahrzeuge entspricht den gestalterischen Richtlinien der rnv zum rnv-eigenen Corporate Design (siehe Anlage 1).

~~Zum Innendesign:~~

- ~~–Griffe und Haltestangen, pulverbeschichtet, RAL 2000~~
- ~~–Innenverkleidung, grau~~
- ~~–Dachvouten, grau~~
- ~~–Haltewunschtaster, Taster rot~~
- ~~–Kinderwagentaster, Taster blau~~
- ~~–Stühle, Textilbespannung angelehnt an RAL 5003 mit Binnengestaltung und Antigrffiti-Effekt. Rückseite der Stühle in grau~~
- ~~–Fußboden, PVC Fußboden in dunkelbrauner Holzoptik~~
- ~~–Die Trennwände müssen als Plexiglasscheiben mit leichter dunklen Tönung ausgeführt werden~~
- ~~–Piktogramme sind entsprechend der Richtlinie 2001/85/EG (ECE R 107) im Fahrzeuginnenraum anzubringen~~

Die Fahrzeuge verfügen über RBL mit folgenden Komponenten:

- elektronisches Ortungssystem zur Erfassung der KOMs durch die zentrale Leitstelle der rnv
- Steuerungssystem zur Anforderung von Lichtsignalanlagen (LSA)
- digitalem Funk
- einen Fahrscheinentwerfer im Eingangsbereich einer jeden Tür mit elektronischen, vom Fahrer zu bedienenden Verkaufseinrichtungen (Fahrscheindrucker)
- Elektronische Haltestellenausruflanlage
- vollautomatische Haltestelleninnenanzeige

- Fahrgastzählanlage

Die RBL-Komponenten werden kostenfrei zur Verfügung gestellt. Der Ein- und Ausbau der Komponenten erfolgt bei rnv.

Hinweis: Nach der jeweiligen Aufnahme in das Verzeichnis der qualifizierten Unternehmen erfolgt eine Terminabsprache zur Begutachtung der Fahrzeuge zwecks Einbau RBL. Im Anschluss an diesen Termin kann festgelegt werden, wie lange der Einbau des RBL in die jeweiligen Fahrzeuge dauern wird.

Sofern die Fahrzeuge über folgende Ausstattung verfügen:

- Sternpunkt an dem die IBIS - Teilnehmer, wie z. B. Anzeigen, Drucker und Entwerter, angeschlossen werden können.
- Die Fahrzielanzeigen müssen klartexttauglich sein.
- Signal, Türkontakt und Wegimpuls 4 Impulse/Meter
- Spannungsversorgung 24V oder Spannungsverdoppler 12/24V (10A)
- Einbaurahmen für einen 19" Träger
- Verstärker z.B. BPA 49 Blaupunkt (nach Absprache mit der rnv)
- Kriterienstecker über die folgende Signale geführt werden können: 24V Dauerplus, 24V Zündungsplus, Türkriterium, Wegimpuls, Funksprechtaste, Innen-/ Außen-/ Fahrerlautsprecher.
- Ein verkürzter Nachlauf für Außenanzeigen wird bei Bedarf vom AN selbst realisiert.
- Mikrofon, Innen-Lautsprecher und Fahrerlautsprecher
- Neufahrzeuge müssen generell mit Einbauplätzen für Antennen ausgerüstet sein

kann der Einbau des RBL durchschnittlich binnen 10 Arbeitstagen erfolgen.

Seitens der rnv erfolgt kein Einbau der Innen- und Außenanzeige.

Für die Bestellung der Komponenten für das RBL wird aktuell von einer Lieferzeit von sechs Monaten ausgegangen.

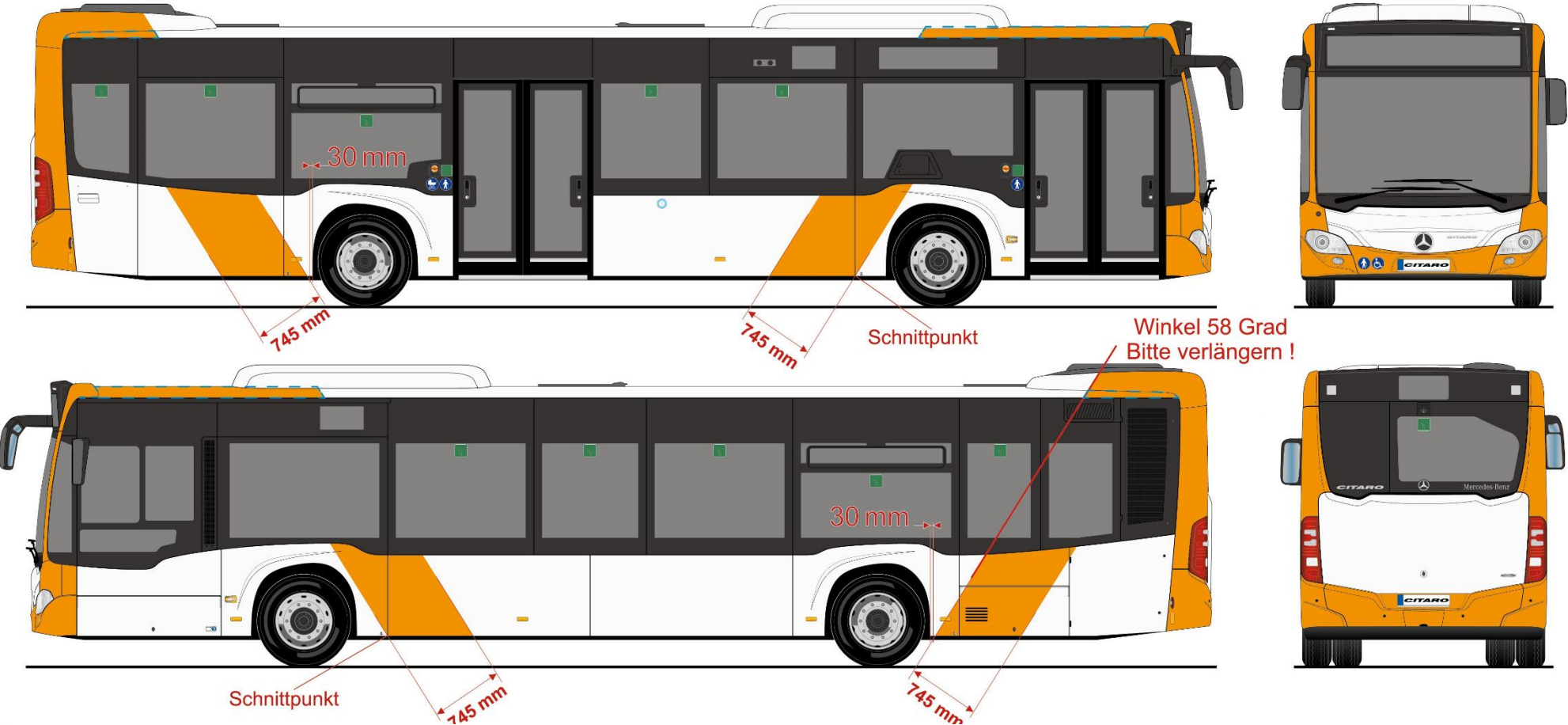
Wenn das Unternehmen aus dem Verzeichnis der qualifizierten Unternehmen ausscheidet (unabhängig vom Grund), wird das RBL durch die rnv wieder ausgebaut. Hierfür ist das Fahrzeug unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

- Elektronische Fahrzielanzeige mit nachfolgenden Anforderungen:
 - Buganzeige
 - Seitenanzeige rechts
 - Heck
- II. Abmessung der Sondernutzungsflächen 750 mm X 2700 mm.
- III. Die Fahrzeuge mit rnv-eigenem Corporate Design dürfen nur nach Rücksprache und Zustimmung der V-Bus GmbH außerhalb des rnv-Verkehrsgebietes eingesetzt werden.
- IV. Euro 6 Abgasnorm

b) Personal

- I. Die Fahrpersonale haben mindestens ein-, höchstens zweimal jährlich, an einer betrieblichen Schulung des Auftraggebers oder der rnv teilzunehmen. Die Gesamtdauer der Schulung(en) beträgt 8 Std. / Jahr. Außerdem haben die Fahrpersonale Qualifikationsnachweise entsprechend dem BrKrFQG beizubringen und sind zur Weiterbildung gemäß den in vorgenanntem Gesetz enthaltenen Vorgaben verpflichtet. Auf gesonderte Anforderung des Auftraggebers sind diese ihm vorzulegen. Vor Betriebsaufnahme erhalten vom Auftragnehmer benannte Mitarbeiter eine Erstunterweisung in der Handhabung des Bedienteils des Rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL) der rnv. Der Auftragnehmer hat die Fahrpersonale für die Zeit der Schulungen und Unterweisungen auf eigene Kosten freizustellen. Nehmen Fahrpersonale nicht an den Schulungen teil bzw. werden die Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen gemäß BrKrFQG nicht beigebracht, ist der Auftraggeber oder die rnv berechtigt, die betreffenden Fahrer von der Durchführung weiterer Fahrten im Rahmen dieses Vertrages auszuschließen.

Anlage 1 - Corporate Design Solo-Bus



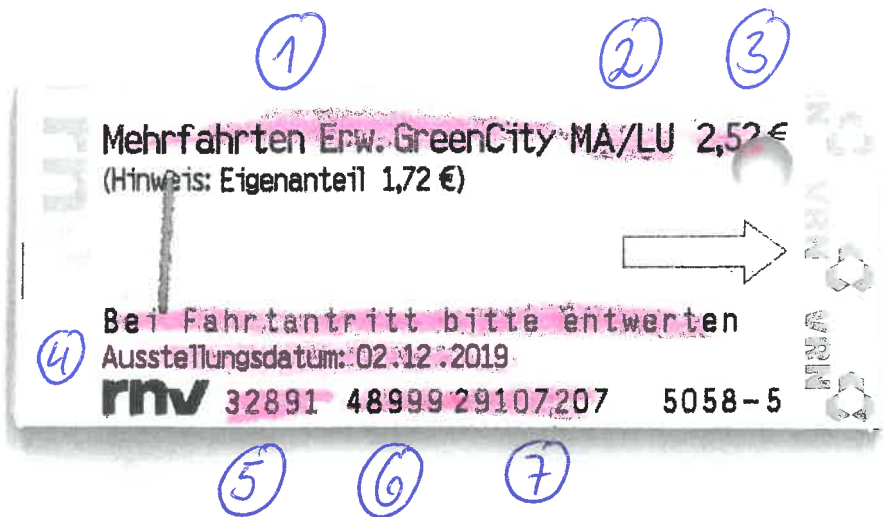
GRUNDFARBE	MOTIV LACK/ FOLIERUNG
<div></div> <div>RAL 9010 Reinweiss</div>	<div></div> <div>RAL 2000 Gelborange</div>
	<div></div> <div>Folie lackiert in RAL 2000 Gelborange</div>

Anlage 1 - Corporate Design Gelenkbus



GRUNDFARBE	MOTIV LACK/FOLIERUNG (YA 169020)	
<div></div> <div>RAL 9010</div>	<div></div> <div>RAL 2000</div>	<div></div> <div>—</div>
	<div></div> <div>—</div>	<div></div> <div>—</div>
	<div></div> <div>—</div>	<div></div> <div>—</div>

Anlage 2 - Fahrscheinentwerfer



1. Produkt
2. Preisstufe
3. Preis
4. Ausstellungsdatum
5. Drucker NR.
6. Verkäufer NR.
7. Karten NR.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur/ zum Vergabeverfahren 123-19-E11 bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Moritz Görmann
In den Leppsteinswiesen 14
64380 Roßdorf
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunfteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen,

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genannten Fällen eingeschränkt.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

[Subunternehmerleistungen Güte A]
[276-21-E15]

Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft,

Name des geschäftsführenden Unternehmens		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	

Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [1]	[]	
Rechtsform	[]	
Anschrift	[]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	

Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [2]	[]	
Rechtsform	[]	
Anschrift	[]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	

Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [3]	[]	
Rechtsform	[]	
Anschrift	[]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer
Bewerbergemeinschaft]**

[illegible]

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft]

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

[Subunternehmerleistungen Güte A]
[276-21-E15]

Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbewerbers

Name des Bewerbers	[]	
Rechtsform	[]	
Anschrift	[]	
Telefon	[]	
Telefax	[]	
E-Mail-Adresse	[]	
Ansprechpartner	[]	
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	[]
	Vorname	[]
	Geburtsdatum	[]
	Geburtsort	[]
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Zusätzliche Beifügung eines polizeilichen Führungszeugnisses (nicht älter als 3 Monate) <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

[Subunternehmerleistungen Güte A]
[276-21-E15]

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen - nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bewerbergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bewerbers (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bewerbergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB**Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
 - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)**Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)**Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer
Bewerbergemeinschaft:*

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

[Subunternehmerleistungen Güte A]
[276-21-E15]

Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit nach § 1 PBZugV - nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bewerbergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bewerbers (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bewerbergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärungen

☐ Das Unternehmen gilt als zuverlässig im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 2 und § 1 Abs. 1 PBZugV, wenn keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass bei der Führung des Betriebes die für den Straßenpersonenverkehr geltenden Vorschriften missachtet wurden. Als unzuverlässig gilt in der Regel ein Unternehmen, dem innerhalb der letzten 5 Jahre Verstöße gegen die im Unternehmen geltenden tarifvertraglichen Regelungen und/oder die BOKraft nachgewiesen werden konnten. Dies gilt auch für Unternehmen, die mit einem Unternehmen nach Satz 1 dergestalt verbunden sind oder waren, dass sie derselben Unternehmensleitung unterstehen bzw. in den Bereichen Betriebsleitung und Personalwesen durch dieselben Personen geführt werden, die zum Zeitpunkt des Verstoßes gegen die tarifvertraglichen Regelungen oder die BO-Kraft Verantwortung in dem anderen Unternehmen getragen haben. Deshalb erklärt das Unternehmen wie folgt:

- gegen das Unternehmen liegt keine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerer Verstöße gegen strafrechtliche Vorschriften (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 PBZugV) vor,
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen die Vorschriften des PBefG bzw. der auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 a PBZugV) vor,
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen arbeits- oder sozialrechtliche Pflichten, insbesondere gegen die Vorschriften über die Lenk- und Ruhezeiten des Fahrpersonals vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 b PBZugV),
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen Vorschriften, die im Interesse der Verkehrs- und Betriebssicherheit erlassen wurden (insbesondere die Vorschriften des Straßenverkehrsgesetzes, der Straßenverkehrs-Ordnung oder der Straßenverkehrs- Zulassungs-Ordnung), vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 c) PBZugV),

- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen umweltschützende Vorschriften, dabei insbesondere des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3f PBZugV),
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen die abgaberechtlichen Pflichten, die sich aus unternehmerischer Tätigkeit ergeben, vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 d PBZugV) und das Unternehmen ist der Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedstaates der Konzessionsgeber nachgekommen,
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen § 1 des Pflichtversicherungsgesetzes vom 5. April 1965 (BGB I S. 213) in der jeweils geltenden Fassung vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 e PBZugV) und das Unternehmen hat seine Verpflichtung zur Zahlung der Sozialbeiträge nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedsstaates, in dem es ansässig ist, oder nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedsstaates der Konzessionsgeber erfüllt,
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen die Bestimmungen zu Arbeitsschutz- und Arbeitsrecht vor.

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer
Bewerbergemeinschaft:*

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

[Subunternehmerleistungen Güte A]
[276-21-E15]

Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Hinweis: Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bewerber mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name des qualifizierten Nachunternehmers	<input type="text"/>
Rechtsform	<input type="text"/>
Anschrift	<input type="text"/>
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u> Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	<input type="text"/>
Telefon	<input type="text"/>
Telefax	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>
Ansprechpartner	<input type="text"/>
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bewerber zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Verfahren: 276-21-E15 - Subunternehmerleistungen Ad hoc-Verkehre - Güte A (höchste Anforderungskategorie)

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Allgemeine Erklärungen

Gewichtung: 0,00%

1.1 Erklärung des Bieters [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der nachstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss aus diesem Vergabeverfahren und ggf. von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.2 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.

Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte.

Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden.

Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Erklärungen zur wirtschaftlichen Lage

Gewichtung: 0,00%

2.1 Erklärung Insolvenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist für das Vermögen des Bieters/des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden? (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Eigenerklärung zu Umsatz

Gewichtung: 0,00%

2.2.1 Mindestanforderung Umsatz

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bewerber/Die Bewerbungsgemeinschaft legt die Umsätze der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre [2018, 2019, 2020] vor und weist dabei insbesondere die Umsätze aus, welche Leistungen betreffen, die mit den zu vergebenden Leistungen ähnlich (Linien-, Werks- und Schülerverkehr) sind. Bei diesen dem Vergabegegenstand ähnlichen Leistungen ist vom Bewerber / von der Bewerbungsgemeinschaft ein Mindestjahresumsatz von 450.000,00 € (netto) nachzuweisen.

Die Umsätze aller Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft werden von der Vergabestelle addiert.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

2.2.2 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2018

2.2.3 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2018

2.2.4 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2019

2.2.5 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2019

2.2.6 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2020

2.2.7 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2020

2.2.8 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2018

2.2.9 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2018

2.2.10 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2019

2.2.11 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2019

2.2.12 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2020

2.2.13 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2020

2.2.14 Ggf. Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2018

2.2.15 Ggf. Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2018

2.2.16 Ggf. Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2019

2.2.17 Ggf. Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2019

2.2.18 Ggf. Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2020

2.2.19 Ggf. Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2020

3 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

3.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:
Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und wurde dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann dies durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:
Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:
Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Befindet sich das Unternehmen in einer der folgenden Situationen?

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:
 Sind mehr als drei Jahre ab dem Tag des betreffenden Ereignis vergangen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja gegeben

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:
 Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vor?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vor?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegt ein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vor?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vor?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

3.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren eine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

4.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft verfügt für den Zeitraum der Leistungsverpflichtung über folgende Versicherungen:

- Personen-, Sach- und Vermögensschaden (Betriebshaftpflicht) mit Deckungssumme von mindestens 10,0 Mio € pauschal für Personen- und Sachschäden

Nachzuweisen ist dies durch die Vorlage entweder (i) einer Versicherungsbestätigung durch die Versicherung oder einen Versicherungsmakler, mit welcher die vorgenannten Versicherungsanforderungen bestätigt werden oder (ii) einer Kopie der Versicherungspolice.

Im Falle der Bewerbergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Die Nachweispflicht entspricht Ziffer 8.3.1.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Erklärungen zur Zuverlässigkeit

Gewichtung: 0,00%

5.1 Erklärungen zur Zuverlässigkeit

Gewichtung: 0,00%

5.1.1 Zuverlässigkeit

K.O.-Kriterium: Nein

Der Bewerber gilt als zuverlässig im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 2 und § 1 Abs. 1 PBZugV, wenn keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass bei der Führung des Betriebes die für den Straßenpersonenverkehr geltenden Vorschriften missachtet wurden. Als unzuverlässig gilt in der Regel ein Unternehmen, dem innerhalb der letzten 5 Jahre Verstöße gegen die im Unternehmen geltenden tarifvertraglichen Regelungen und/oder die BOKraft nachgewiesen werden konnten. Dies gilt auch für Unternehmen, die mit einem Unternehmen nach Satz 1 dergestalt verbunden sind oder waren, dass sie derselben Unternehmensleitung unterstehen bzw. in den Bereichen Betriebsleitung und Personalwesen durch dieselben Personen geführt werden, die zum Zeitpunkt des Verstoßes gegen die tarifvertraglichen Regelungen oder die BO-Kraft Verantwortung in dem anderen Unternehmen getragen haben.

Deshalb erklärt der Bewerber wie folgt:

5.1.2 Zuverlässigkeit a) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegt gegen den Bewerber eine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerer Verstöße gegen strafrechtliche Vorschriften (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 PBZugV) vor?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.3 Zuverlässigkeit b) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen die Vorschriften des PBefG bzw. der auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 a PBZugV)?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.4 Zuverlässigkeit c) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen arbeits- oder sozialrechtliche Pflichten, insbesondere gegen die Vorschriften über die Lenk- und Ruhezeiten des Fahrpersonals vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 b PBZugV)?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.5 Zuverlässigkeit d) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen Vorschriften, die im Interesse der Verkehrs- und Betriebssicherheit erlassen wurden (insbesondere die Vorschriften des Straßenverkehrsgesetzes, der Straßenverkehrs-Ordnung oder der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung), vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 c PBZugV)?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.6 Zuverlässigkeit e) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen umweltschützende Vorschriften, dabei insbesondere des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 f PBZugV)?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.7 Zuverlässigkeit f) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen die abgaberechtlichen Pflichten, die sich aus unternehmerischer Tätigkeit ergeben, vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 d PBZugV) und ist der Bewerber/das Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft nicht der Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedstaates der Konzessionsgeber nachgekommen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.8 Zuverlässigkeit g) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen § 1 des Pflichtversicherungsgesetzes vom 5. April 1965 (BGB I S. 213) in der jeweils geltenden Fassung vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 e PBZugV) und hat der Bewerber seine Verpflichtung zur Zahlung der Sozialbeiträge nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedsstaates, in dem er ansässig ist, oder nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedsstaates der Konzessionsgeber nicht erfüllt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.1.9 Zuverlässigkeit h) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen die Bestimmungen zu Arbeitsschutz- und Arbeitsrecht vor?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 Erklärung erforderliche finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten

Gewichtung: 0,00%

6.1 Erklärung erforderliche Kapazitäten [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

7.1 Durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Eigenerklärung zu durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl

7.2 Fahrzeugausstattung - Güte A [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Eigenerklärung zu Fahrzeugausstattung

7.3 Verkehrsleiter [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Name und berufliche Qualifikation des Verkehrsleiters nach Art. 4 VO (EG) 1071/2009

8 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

8.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

K.O.-Kriterium: Nein

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind für jeden Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft beizufügen:

- Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate)
- Gewerbezentralregisterauszug (nicht älter als 3 Monate)
- (i) Versicherungsbestätigung durch die Versicherung oder einen Versicherungsmakler oder (ii) Kopie der Versicherungspolice

- Bescheinigung der Genehmigungsbehörde über die Bestellung eines Betriebsleiters nach BOKraft (mind. von einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft)
- Genehmigungsurkunde für Gelegenheitsverkehr gemäß §§ 48, 49 PBefG oder einer EU-Gemeinschaftslizenz gemäß Art. 4 VO(EG) 1073/2009 (mind. von einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft)

8.2 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

8.2.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) ist für den Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft als Anlage beigefügt

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigefügt

K.O.-Kriterium: Ja

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht für den Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft beigefügt ist:
 Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigefügt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.3 Gewerbezentralregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

8.3.1 Gewerbezentralregistrauszug [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ein Gewerbezentralregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) ist als Anlage beigefügt

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.3.2 Wenn Gewerbezentralregistrauszug nicht beigefügt

K.O.-Kriterium: Ja

Wenn ein Gewerbezentralregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht beigefügt ist:
 Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigefügt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.4 Versicherungspolice

Gewichtung: 0,00%

8.4.1 Versicherungspolice oder Bereitschaftserklärung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist (i) die Versicherungsbestätigung durch die Versicherung oder einen Versicherungsmakler oder (ii) die Kopie der Versicherungspolice für den Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eigenerklärung zur Versicherungspflicht als Anlage beigefügt ?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.5 Bescheinigung Bestellung Betriebsleiter

Gewichtung: 0,00%

8.5.1 Bescheinigung Bestellung Betriebsleiter [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist die Bescheinigung der Genehmigungsbehörde über die Bestellung eines Betriebsleiters nach BOKraft für den Bewerber bzw. für mind. ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft als Anlage beigelegt ?

- ☐ ☐ Keine Angabe
☐ ☐ Ja
☐ ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.6 Bescheinigung fachliche Eignung/Genehmigungsurkunde de

Gewichtung: 0,00%

8.6.1 Genehmigungsurkunde [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist die Genehmigungsurkunde für Gelegenheitsverkehr gemäß §§ 48, 49 PBefG oder einer EU-Gemeinschaftslizenz gemäß Art. 4 VO(EG) 1073/2009 für den Bewerber bzw. für mind. ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft als Anlage beigelegt ?

- ☐ ☐ Keine Angabe
☐ ☐ Ja
☐ ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

9 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern

Gewichtung: 0,00%

9.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

K.O.-Kriterium: Nein

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bewerber bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die Technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind. Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Formblätter zur Verfügung gestellt.

9.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter als Anlage bereitgestellt?

- ☐ ☐ Keine Angabe
☐ ☐ Ja
☐ ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

External file attachments	Dateiname	Größe	MIME-Type
---------------------------	-----------	-------	-----------